

## Die Wünsche der städtischen Beamten und Angestellten.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Die Gewährung einer einmaligen Aushilfe an die Staatsbeamten, die im gestrigen Reichsgeheblatte veröffentlicht wurde und in vielen Ämtern bereits zur Auszahlung gelangte, die Ankündigung einer Erhöhung der Kriegszulagen für die Staatsangestellten sowie die verschiedenen anderen Versprechungen an diese haben auch innerhalb des Kreises der städtischen Angestellten Wünsche nach ähnlichen Zuweisungen erweckt. Es ist ja klar, daß die Not und die Teuerung auf den städtischen Angestellten genau so schwer lastet. Die Wünsche der städtischen Bediensteten wurden in der letzten Versammlung des Vereines der Beamten der Stadt Wien formuliert und sind geeignet, eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Sie beinhalten eine einmalige Aushilfe im Betrage der dreimonatlichen derzeitigen Teuerungszulage, eine fünfzigprozentige Erhöhung der Kriegszulage und fünfundzwanzigprozentige Erhöhung des Grundgehaltes vom 1. Jänner 1918 an sowie Schaffung einer 5. Klasse für die Verheirateten mit mehr als 4 Kindern, beden sich also im großen und ganzen mit den Zuwendungen an die Staatsangestellten. Eine andere Forderung ist die doppelte Einrechnung dreier Dienstjahre in die Dienstzeit. Man hat aus bestimmten Gründen nicht verlangt, daß die ganze Kriegszeit doppelt gerechnet werde, denn in diesem Falle würde eine große Zahl von Beamten, die gezwungen sind, in der Zeit bis zum Kriegsende in den Ruhestand zu treten, nicht in den Genuß dieser Vergünstigung kommen.

Deutschland und Ungarn haben in dieser Richtung bereits einen Schritt getan und die Anrechnung von 18 Monaten für ein Jahr verfügt. Die riesige Vermehrung der Arbeiten in den Ämtern hat auch den Wunsch nach einer endgültigen Regelung (Verdopplung) der Beamtenbezüge im Rahmen der geplanten Verwaltungsreform bekräftigt. Wie beim Staate ist auch bei der Gemeinde Wien die Absicht vorhanden, eine gründliche Veränderung in der Verwaltungsorganisation durchzuführen. Mit den Vorarbeiten in dieser Angelegenheit ist der der Magistratsdirektion zugeordnete Magistratsrat Gmeiner, der früher das Referat über Personalangelegenheiten führte und in dieser Stellung viele Erfahrungen sammeln konnte, betraut worden. Die Beamten haben das Ersuchen gestellt, daß in den Ausschuss zur Beratung der Verwaltungsreform auch die Vertrauensmänner der Beamten und Lehrer hineingezogen werden. Man ist ja überzeugt, daß alle diese Gehaltserhöhungen nur eine schattenhaft geringe Besserung der Lage herbeiführen. Und in vielen Kreisen hat sich schon das Verlangen nach einer teilweisen Entlohnung in Naturalien, Lebensmitteln und Bedarfsartikeln geäußert, so wie es in der „Reichspost“-Nachmittagsausgabe vom 21. d. angedeutet ist. Dieses System hätte wohl sehr viel für sich. Besonders, was die unterschiedliche Entlohnung der ledigen und verheirateten Angestellten betrifft, wäre eine leichtere Handhabung geboten. Doch scheinen schwere Hindernisse vorzuliegen: die Gemeinde Wien hat ohnehin schon orakelhaft Schwierigkeiten bei der Beschaffung dieser Artikel; bei der Durchführung dieses Vorhabens hätte sie noch mehr zu kämpfen. Die städtischen Angestellten haben bei den Leitern der Gemeindeverwaltung jederzeit das größte Entgegenkommen gefunden. Aus dieser Erwägung heraus werden sie auch hoffnungsvoll dem Ergebnis der Verhandlung einer Abordnung entgegensehen, die am Montag, den 26. d., beim Herrn Bürgermeister erscheinen wird, um die Bitten der Gemeindebeamten, Lehrer und der Angestellten der städtischen Unternehmungen zu unterbreiten. Zu jedem von uns lebt ja die Überzeugung, daß die Gemeinde nicht mehr geben kann als sie hat, daß aber das, was gegeben kann, sicher gegeben wird. E. K.